

„Das ist Verrat an den Menschen in Bayern“

Freie-Wähler-Chef Aiwanger kritisiert Minister Söder wegen dessen Umgang mit Krankenkassen und Hausärzten



Massive Kritik an der Macht der Gesundheitslobby übt Hubert Aiwanger im PNP-Interview. – Foto: dpa

München. Eine Lanze für Bayerns Hausärzte bricht Freie-Wähler-Chef Hubert Aiwanger im Interview mit der PNP. Er fürchtet, dass viele von ihnen durch börsennotierte Klinikketten verdrängt werden und am Ende „ganze Landstriche von der Gesundheitsversorgung abgekoppelt sind“. Für pflegebedürftige Senioren fordert Aiwanger den Aufbau eines wohnortnahen Betreuungsnetzwerks durch ehrenamtliche Helfer.

Herr Aiwanger, Sie haben eine gewagte These aufgestellt: Die große Politik schein die Hausärzte aus dem Weg räumen zu wollen, da sie der Wertschöpfung der Gesundheitsindustrie im Wege stünden. Wie kommen Sie darauf?

Hubert Aiwanger: Börsennotierte Klinikketten versuchen, den Gesundheitsbereich zu übernehmen – und verdrängen die niedergelassenen Ärzte, so wie einst die Discounter die Tante-Emma-Läden verdrängt haben. Die Haus- und Fachärzte sollen aus dem Weg geräumt werden, weil die Geldgeber der Klinikketten natürlich mit denen nicht teilen wollen. Sie wollen, dass die Menschen statt zum Hausarzt um die Ecke in Zukunft lieber ins zentrale, börsennotierte

Klinikum gehen. Und die Politik setzt dem nicht genug entgegen. Die großen politischen Weichensteller im Gesundheitswesen, ich nenne etwa den SPD-Bundestagsabgeordneten Karl Lauterbach, sind ja heute engstens mit der Gesundheitslobby verflochten. Horst Seehofer, einst selbst Bundesgesundheitsminister, hat ja einmal gesagt, wie schwer es ist, sich gegen die Lobby durchzusetzen. Dieser Lobby-Einfluss führt dazu, dass die Politik mit angezogener Handbremse fährt, während die Hausärzte um ihr Überleben kämpfen. Die Ärzte wollen weniger Bürokratie, die wollen in Ruhe ihre Arbeit machen – doch ihnen werden so viele Steine in den Weg gelegt, dass viele am Ende ihre Praxis aufgeben. Und am Ende geht man mit der Oma ins weit entfernte Klinikum, weil es keine Hausärzte mehr gibt.

Wird dieser Entwicklung, wie Sie sie sehen, auch in Bayern zu wenig entgegengesetzt?

Aiwanger: Mit Sicherheit. Ich sehe hier ein klares Versagen von Gesundheitsminister Markus Söder. Er führt ja die Aufsicht über die Krankenkassen. Er müsste massiver auf diese einwirken, damit sie Hausarztverträge abschließen. Er tut das nicht, lamentiert stattdessen. Es fehlt der wirklich glaubwürdige politische Druck. Er steht nicht wirklich an der Seite der Hausärzte, sondern lässt das laufen, verspricht Dinge, die sich dann als Luftnummer erweisen. Das ist am Ende ein Verrat an den Menschen in Bayern. Wir brauchen ein funktionsfähiges, verlässliches Netz an Hausärzten, gerade vor dem Hintergrund der zunehmenden Alterung der Bevölkerung. Wir müssen uns darauf verlassen können, dass es auch in Zukunft im Umkreis von zehn Kilometern einen Hausarzt gibt, der schnell da ist, wenn etwas fehlt, der auch Ansprechpartner für soziale Belange und Vertrauensperson fürs Seelenleid ist. Es droht, dass ganze Landstriche am Ende von der Gesundheitsversorgung abgekoppelt sind, dass man in die Städte und Metropolen muss, um in ein Klinikum zu kommen. Dabei bricht uns ohnehin gerade der gesamte Betreuungsbereich weg – da sind katastrophale Entwicklungen im Gange und es wird viel zu wenig dagegen getan.

Altenheime kaum noch bezahlbar

Was genau meinen Sie?

Aiwanger: Es brechen uns nicht nur die Ärztestrukturen weg. Auch die Bezahlbarkeit von Altenheimen ist doch schon heute praktisch nicht mehr gegeben. Ich höre von bis zu 5000 Euro monatlich, die man auf den Tisch legen muss, damit Oma oder Opa betreut werden. Es gibt Familien, wo alle miteinander das nicht verdienen, was der Opa im Altenheim kostet. Da muss man gegensteuern. Wir müssen überlegen, wie man ein wohnortnahes Betreuungssystem aufbaut. Unsere Idee ist ein Betreuungsnetzwerk für Senioren, in dem die Betreuung Älterer durch Ehrenamtliche gegen eine Entschädigung, etwa durch die Pflegekassen, organisiert und geleistet wird. Dem stehen heute enorme bürokratische Hindernisse entgegen – weshalb viele lieber eine osteuropäische Kraft schwarz beschäftigen. Wir treiben die Angehörigen von Pflegefällen regelrecht dahin, das hat System. Hier muss sich die Politik massiv bemühen, Probleme aus dem Weg zu räumen. Sonst haben wir in zehn Jahren ein Drittel der Bevölkerung in zentralen Altenheimen sitzen. Gleichzeitig haben wir leer stehenden Wohnraum und Leute, die gerne pflegen würden, aber nicht dürfen, weil ihnen Qualifikationsnachweise fehlen. Wir sind doch heute schon so weit, dass hier eine volkswirtschaftliche Umverteilung stattfindet: Früher hat man das, was man sich im Leben erarbeitet hat, an die Kinder vererbt. Heute gibt man es der Pflegeeinrichtung. Und alte Leute, die nicht so viel haben, machen sich Vorwürfe, dass wegen ihrer Pflegebedürftigkeit ihre Kinder ihr Ersparnis aufbrauchen müssen. Da liegt für viele der Gedanke nicht mehr fern, Sterbehilfe in Anspruch zu nehmen, um von ihren Kindern ökonomischen Druck abzuhalten. Das ist nicht die Gesellschaft, in der ich leben möchte. Deshalb muss es nach der Abschaffung der Wehrpflicht eine Pflicht für ein gemeinnütziges Jahr für alle geben – für Männer wie Frauen, für Deutsche wie für hier lebende Ausländer. Wir brauchen diese jungen Leute und auch die Erziehung zu gesellschaftlicher Verantwortung.

Derzeit diskutieren wir auch wieder über die Zahl der Lehrer. Wie redlich führen denn die Beteiligten diese Diskussion?

Aiwanger: Die Anstellungszahlen des Kultusministers sind nicht durchsichtig, weil man nicht weiß, wie viele zusätzlich angestellt werden und wie viele nur einen Lehrer ersetzen, der in Pension geht. Ich sage: Solange es noch Schulklassen mit 25 Kindern und mehr gibt, solange haben wir zu wenig Lehrer. In einer Grundschulklasse sollten 20, höchstens 22 Kinder sitzen. Wenn es mehr sind, muss der Lehrer durch eine pädagogische Zweitkraft unterstützt werden. Es kann auch nicht sein, dass Kinder privat finanzierten Nachhilfeunterricht brauchen – das muss die Schule leisten. Auch der Trend, Kinder auf private Schulen zu schicken, hat doch eine klare Ursache: Das staatliche Schulsystem funktioniert nicht mehr gut genug. Das reicht heute selbst bis in den Sportunterricht – der vielfach ausfällt. Mit der Folge, dass es heute Klagen aus den Unternehmen gibt, vor allem aus dem Handwerk, dass die jungen Leute nicht mehr fähig sind zu körperlicher Arbeit. Wenn ein Handwerker-Lehrling nach einer halben Stunde auf der Baustelle körperlich am Ende ist, dann ist das besorgniserregend. Mehr Sportunterricht ist dringend nötig, um die Fitness junger Leute zu verbessern.

Die Freien Wähler wollen vermutlich irgendwann aus der Opposition an die Regierung. Warum waren Sie so skeptisch, als SPD-Fraktionschef Markus Rinderspacher Sie und die Grünen zu einem Oppositionsgipfel eingeladen hat?

Aiwanger: Dass wir die vielen Defizite der CSU als Opposition gemeinsam aufgreifen, ist ja eh nicht zu übersehen. Dass wir das nach einer Landtags-Runde noch mal in die Kameras erzählen, macht für mich wenig Sinn. Außerdem möchte ich nicht, dass wir Freien Wähler auf eine Links-Koalition mit SPD und Grünen festgelegt werden. Damit würden wir uns als bürgerliche Mitte, die logischerweise mit beiden Flügeln arbeiten kann, eine Option nehmen. Es könnte schließlich sein, dass die CSU in den nächsten zwei Jahren noch vernünftig wird. Ebenso gut kann bei Rot-Grün noch die eine oder andere ideologische

Mauerblume zu blühen beginnen, mit der wir nichts zu tun haben wollen.

„CSU bekommt keine 40 Prozent mehr“

Wenn die CSU bei der Landtagswahl 2013 die Mehrheit der Mandate erringt, dann ist das Thema sowieso durch.

Aiwanger: Die CSU wird dieses Ziel deutlich verfehlen. Meine Prognose ist, dass die CSU keine 40 Prozent mehr bekommt. Die 43,5 Prozent bei der Landtagswahl 2008 waren schon ein Einbruch. Aus jetziger Wahrnehmung schätze ich die CSU heute noch schwächer ein als damals, sie verliert weiter ganze Wählerschichten – vom öffentlichen Dienst über die Hausärzte bis zu den Landwirten, die beim letzten Mal wenigstens noch teilweise die CSU gewählt haben. Zudem schlägt der demografische Wandel immer stärker zu – bei den jungen Menschen ist die CSU eine Minderheitenveranstaltung. Wenn die CSU so weitermacht, dann verliert sie das letzte Stück an Glaubwürdigkeit und damit auch die nächsten Wahlen.

Interview: Alexander Kain

URL: http://www.pnp.de/nachrichten/heute_in_ihrer_tageszeitung/bayern/?em_cnt=177603&em_loc=321

© 2011 pnp.de